

Gewannen die Linken nur wegen einer technischen Panne?

Lohnpaket Basel-Stadt Mit nur einer Stimme Unterschied scheiterte der bürgerliche Gegenvorschlag im Grossen Rat. Eine Stimme aus dem GLP-Lager wurde wegen einer technischen Panne bei der Onlineabstimmung nicht erfasst.

Andrea Schuhmacher

Am Mittwochmorgen hat der Grosse Rat entschieden, die Löhne aller Staatsangestellten zu erhöhen. Damit setzten sich die Linken gegen die Bürgerlichen im Parlament durch. Die bürgerliche Mehrheit der zuständigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hatte dem Parlament einen Gegenvorschlag vorgelegt, der mehr auf die Bedürfnisse der Polizei zugeschnitten war, einschliesslich neuer Zulage für Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst. Ihr Argument: Kantonsangestellte seien im Allgemeinen schon privilegiert genug, handeln müsse man primär bei der kriselnden Polizei, die derzeit einen Unterbestand von 130 Polizistinnen und Polizisten aufweist. Sowohl SVP, FDP, LDP, Mitte-EVP als auch die GLP unterstützten dies.

Die Kommissionsmehrheit scheiterte im Parlament allerdings mit ihrem Gegenvorschlag bei knappen 48 Ja- zu 49 Nein-Stimmen. Alle anwesenden bürgerlichen Grossräte und die GLP stimmten dafür – da jedoch zwei GLP-Grossräte bei der Abstimmung fehlten, vermochten sie sich nicht gegen die vollzählig anwesenden SP-, Grüne- und Basta-Grossräte durchzusetzen.

Reklamationen beim Parlamentsdienst

Nach der Abstimmung, so bestätigt es auch die SDA, kam es zu Reklamationen beim Parlamentsdienst. Denn GLP-Grossrätin Sandra Bothe-Wenk – eine der zwei fehlenden Stimmen aus dem GLP-Lager – soll online abgestimmt haben. Nur sei ihre Stimme aufgrund eines technischen Defekts nicht gezählt worden. Auf Anfrage bei Beat Flury, Leiter Parlamentsdienst, wird die Abstimmung jedoch nicht wiederholt. Insgesamt sechs Grossrätinnen und Grossräte hätten online abgestimmt, aber nur bei Bothe-Wenk habe es nicht geklappt. Laut Flury sei die gesetzliche Grundlage klar: Wer online abstimmt, trägt das Risiko selbst.

Das bestätigte auch Grossratspräsidentin Gianna Hablützel-Bürki (SVP) zu Beginn der Nach-



Basler Polizisten leisten viele Extraschichten – und sollen nun besser entlohnt werden. Die Regierung will aber auch viele weitere Kantonsangestellte besserstellen. Dagegen wehren sich die Bürgerlichen. Foto: Pino Covino

mittagsitzung: «Eine Person konnte heute Vormittag nicht digital abstimmen.» Die Regelung in diesem Fall sei klar: Abstimmungen werden nicht wiederholt, wenn Abwesende aus technischen Gründen nicht online abstimmen können. Man werde diesem Zwischenfall nachgehen und wenn nötig Massnahmen ergreifen.

Mit der Stimme der GLP-Grossrätin wäre eine Pattsituation entstanden, die Grossratspräsidentin hätte mir ihrem Stichentscheid mit grosser Wahrscheinlichkeit dem bürgerlichen Lager zum Sieg bei der Abstimmung zum Lohnpaket verholfen. Bothe-Wenk hat sich trotz mehrfacher Anfrage bisher nicht zum Zwischenfall geäussert.

Der Basler Grosse Rat kennt das digitale Abstimmen seit dem vergangenen Jahr. Es wurde eingeführt, damit Grossrätinnen und Grossräte auch im Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub sowie bei Krankheit oder einem Unfall in Abwesenheit abstimmen können. Zudem haben sie ein Kontingent von maximal vier Sitzungstagen pro Amtsperiode, an denen sie digital abstimmen können.

«Giesskannenprinzip» der Regierung wird kritisiert

Das Lohnmassnahmenpaket der Regierung kommt 47 Prozent der Kantonsangestellten zugute. So werden etwa die Zulagen für Nacht-, Sonn-, Feiertags- und Pikettdienst um ein Drittel erhöht. Insbesondere Einstiegs-



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

löhne werden verbessert. Dieses «Giesskannenprinzip» wurde von den Bürgerlichen im Parlament stark kritisiert. Staatsangestellte würden gut genug verdienen, «fast jeder Angestellte, den ich verliere, geht zum Kanton», sagte SVP-Grossrat Lorenz

Amiet. Er plädierte für eine Besserstellung der Polizei: «Ein Polizist in Basel hat den schwierigsten Job aller Polizisten in der Schweiz – Gärtner in Basel haben hingegen einen ruhigen Job.»

Stimmen aus dem linken Lager nannten diese Vergleiche «absurd». «Ja wir haben ein Problem bei der Polizei, aber auch bei anderen Staatsangestellten bestehen Probleme», erwiderte Basta-Grossrätin Franziska Stier. «Wie oft müssen die Pflegenden noch demonstrieren und erklären, dass sie ausgebrannt sind, bis sich was ändert?» Verschiedene Berufsgruppen gegeneinander auszuspielen, sei nicht zielführend. Mit dem nun überwiesenen Paket profitieren alle Berufsgruppen. Es soll ab dem 1. Juli 2026 in Kraft treten.